



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Das Preßtreiben der letzten Zeit

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Es ist wohl nicht nötig, noch besonders zu versichern, daß die Bädereisenden keinem, dem es ernst um die Dinge ist, dauernd den Genuß an der ewigen Stadt und ihrer Herrlichkeiten trüben oder gar verleiden können. Doch wenn sogar viel von Enttäuschungen die Rede ist, die Rom den Kommenden bereitet haben soll, so möge man doch die heimkehrenden Pilger fragen, in wessen Gesellschaft sie ihre Reise nach und ihre Wanderung durch Rom gemacht haben. Es müßte seltsam zugehen, wenn man dabei nicht einer Reihe von deutschen Gesichtern ansichtig werden sollte, die beständig abwechselnd, Tag für Tag den Ausdruck geringschätzigen Ingrimmes über die Straßen und Plätze, durch die Kunstsammlungen und die antiken Ruinen Roms tragen und sich höchstens am Abend vor der gutbesetzten Hoteltafel und im Restaurant zum Gambrinus erhellen.



## Das Preßtreiben der letzten Zeit



Es ist das Kennzeichen einer weisen Regierung, daß sie sich nicht auf eine einseitige Parteirichtung stützt, sondern bestrebt ist, allen berechtigten Strömungen des Volkslebens mit gleicher Fürsorge entgegenzukommen, und in dem breiten Mittelstande den Untergrund für ihren Bau sucht. Kaiser Wilhelm II. gegenüber hat es von der Zeit an, wo er noch als Prinz Wilhelm in bescheidner Weise dem ihm von seinem Großvater zugewiesenen militärischen Berufe mit Eifer oblag, und namentlich von den Trauertagen des Jahres 1888 an, als in ihm der bald zum Thron berufene Erbe hervortrat, nicht an Bestrebungen gefehlt, ihn für eine ausschließliche Parteibewegung zu gewinnen. Eine gerechte Beurteilung muß es ihm zum Verdienst anrechnen, daß er trotz seiner Erziehung, Umgebung und Jugend aus eigener Überzeugung diesen Versuchungen widerstand und von dem ersten Anfange seiner Regierung an nicht einen Augenblick in seinen vorgelegten Absichten schwankte. Während schon die erregte öffentliche Meinung den Einfluß des Hospredigers Stöcker im Wachsen glaubte, wurde der gelehrte aber liberale Theologe Harnack auf den wichtigen Lehrstuhl der Kirchengeschichte an die Universität Berlin gerufen. Während eine gewisse Presse aus Furcht vor dem kommenden Mann den Grafen Waldersee als den künftigen leitenden Staatsmann mit der Kreuzzeitungspartei zu verquicken bemüht war, wurde der anerkannte und erste Führer der nationalliberalen

Partei auf einen der höchsten Verwaltungsposten gestellt. Auch als nach den Wahlen und noch unter der Kanzlerschaft des Fürsten Bismarck sich im Reichstage die Parteiverhältnisse vollkommen verschoben hatten und von einer klerikal-konservativen Mehrheit noch mehr zu erlangen war, als die notwendigsten Bedürfnisse für die Wehrkraft und Sicherheit des Reiches erforderten, als man es von dieser Seite an Lockungen nicht fehlen ließ, hat der Kaiser fest und unbeirrt an dem von ihm eingeschlagenen Wege festgehalten. Nach dem Abgange des Fürsten Bismarck wurde ein dem Haß und der Gunst der Parteien gleich fernstehender, im Krieg und im Frieden nicht nur als General, sondern auch als tüchtiger Verwaltungsbeamter anerkannter Mann an die Spitze der Geschäfte im Reich und in Preußen berufen, die frühern Minister blieben in ihren Ämtern, und als aus Gesundheitsrückichten das Finanzministerium frei wurde, erhielt dessen Leitung wiederum ein Führer der Nationalliberalen, ein Staatsmann, der, aus dem Bürgertum hervorgegangen, in den Kreisen des Handels und der Industrie seine festesten Wurzeln hatte.

Man sollte nach allen diesen Vorgängen glauben, daß das Bürgertum, insbesondere auch das ihm zugehörige Großkapital, nicht bloß keinen Grund zur Klage, sondern daß es im Gegenteil jeden Anlaß hätte, froh zu sein und den Kaiser wie seine Regierung in ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen. Statt dessen erleben wir das eigentümliche Schauspiel, daß diejenigen Parteien, die von dem neuen Regiment noch keine andre Begünstigung erfahren haben, als daß sie nicht mehr mit dem ewigen Makel der Reichsfeindschaft belegt werden, der Regierung eine mehr als wohlwollende Neutralität entgegenbringen, während die Organe derjenigen Partei, die eine größere Teilnahme an den Geschäften erhalten hat, als ihr je unter dem Fürsten Bismarck beschieden war, mit immer wachsender Feindseligkeit, mit offenen und hämischen Angriffen, ja geradezu mit kühner Verdrehung der Wahrheit und mit Verdächtigungen aller Art der gegenwärtigen Regierung entgegentreten. Dieser Wandel hat sich nur äußerlich allmählich vollzogen, die feindselige Gesinnung war von Anfang an vorhanden, es bot sich nur kein Objekt, sie zu bethätigen. Der Kurs blieb der alte.

Da kam das deutsch-englische Abkommen, und mit staunenerregender Zindigkeit bemächtigte sich die Kölnische und die Münchener Allgemeine Zeitung der in einzelnen phantastischen Kolonialköpfen schlummernden Unzufriedenheit. Die letztere ist in diesen Blättern bereits einer vernichtenden Kritik unterzogen worden, und nach ihren Wirkungen zu urteilen, hat der geführte Hieb gefessen. Es war vielen besonnenen Elementen rätselhaft, daß so ernste Zeitungen wie die erwähnten sich zum Mundstück einer Opposition machen konnten, die nur wegen der ansteckenden Wirkung der Thorheit eine Bedeutung in Anspruch nahm. Die Art, in der der Angriff geleitet wurde, und die kein Mittel scheute, zeigte bald, daß es sich um eine Opposition quand-même handelte. Der Erfolg, den die Denkschrift des Reichskanzlers in den breitesten Schichten des

Volkess fand, machte das Geschäft unfruchtbar, und der Degen wurde wieder in die Scheide gesteckt. Die Regierung ließ sich nichts zu Schulden kommen, und einige Tage blieb es in den Redaktionen von Köln und München und in den Kulissen ihrer Hintermänner ruhig. Da verkündete der Reichsanzeiger in seiner trocknen Weise die Vorlagen, die für den preußischen Landtag vorbereitet würden. Sofort bemerkte man in Köln und München sehr bissig, daß bereits Fürst Bismarck eine Steuerreform sowie die Reform der Landgemeindeverfassung und des Volksschulwesens geplant habe, und daß die neue Regierung dieses Verdienst durchaus nicht auf ihre Rechnung stellen dürfe. Die Beziehungen, die die Kölnische und die Münchner Allgemeine Zeitung zu den frühern Regierungskreisen hatten, waren derart, daß ihre Leitung zweifellos die Unrichtigkeit dieser Behauptung kennen mußte. Aber was thuts, der Jude wird verbrannt! Die Bewegungen der sozialdemokratischen Partei angesichts des Ablaufes des Sozialistengesetzes lassen erkennen, daß in ihr ein Zersezungsprozeß beginnt, der vorausgesehen wurde, der aber bisher durch das Gesetz verhindert worden ist. Die radikalen Elemente trennen sich, und es wird nicht ausbleiben, daß die besonneneren Elemente der deutschen Arbeiterwelt, die bisher den Führern Heeresfolge geleistet haben, ihnen diese versagen. Wenn nun das Aufhören des Sozialistengesetzes ein Fehler wäre, so trifft er, wie offenkundig ist, nicht die gegenwärtige Regierung. Das hindert aber die Kölnische Zeitung nicht, in einem Marmartikel „Wohin treiben wir?“ der gegenwärtigen Regierung den Vorwurf zu machen, daß es ihr an Entschiedenheit fehle, und daß sie an einer Überschätzung der erreichbaren Ziele leide. Was an dieser Äußerung unverständlich war, das glaubte die Münchner Allgemeine Zeitung in einem weiterschweifigen Kommentar klar machen zu müssen. Dieser lautet kurz dahin: Der gegenwärtige Reichskanzler ist ein in Staatsangelegenheiten gänzlich unerfahrener und unwissender Mann, er kennt weder Land noch Leute, sonst würde er nicht angesichts des Ablaufes des Sozialistengesetzes, der schwere Gefahren in sich birgt, ruhig sein. Um die Massen des Bürgertums für sich zu gewinnen, fragt dann das Münchner Blatt in demagogischer Weise, ob denn gegenüber der mangelnden Geschäftskennntnis der gegenwärtigen Regierung die Entlassung des Fürsten Bismarck eine Notwendigkeit gewesen sei. Hat diese Frage überhaupt einen Sinn, so kann sie nur den haben, daß unter der Kanzlerschaft des Fürsten Bismarck das Sozialistengesetz verlängert worden wäre. Daß diese Annahme unrichtig ist, darüber können sich der Artikelschreiber des Münchner Blattes und seine Inspiratoren nicht zweifelhaft sein. Bekannt ist, daß Fürst Bismarck im letzten Reichstage das Sozialistengesetz fallen ließ, weil die nationalliberale Partei den Ausweifsungsparagraphen streichen wollte. Bekannt sind seine Äußerungen, daß nicht die Regierung, sondern die bürgerlichen Parteien den Schutz des Gesetzes nötig hätten und daß dies den letztern nicht besser als durch ein Aufhören des

Gesetzes ad oculos gezeigt werden könne. Bekannt ist, daß seine Kollegen und der Kaiser der von der vorigen Mehrheit des Reichstages beschlossenen Fassung ihre Zustimmung gegeben haben würden, daß es aber dem Einfluß des damaligen Reichskanzlers noch gelang, den Kaiser auf seine Seite zu ziehen, um den Zustand herbeizuführen, den die Kölnische und die Münchener Allgemeine Zeitung als so gefährlich bezeichnen. Auch aus den Unterredungen, die Fürst Bismarck mit den verschiedensten Zeitungsschreibern in jüngster Zeit gehabt hat, geht klar hervor, daß dies sein Ziel war, ja daß er noch eine Verschärfung des Gesetzes und an Stelle der Ausweisung die Verbannung setzen will. Klar aber ist auch, daß weder eine solche Verschärfung noch auch die Fassung des vorigen Reichstages irgend eine Aussicht auf Annahme des gegenwärtigen hat. Wäre Fürst Bismarck heute noch Kanzler, so würde er höchstens das Gesetz vorgelegt haben in der sichern Erwartung, daß es abgelehnt würde; er hätte sich nach seiner Meinung darüber eine Quittung erteilen lassen, ein bei anderer Gelegenheit vielfach von ihm angewandtes Verfahren. Thatsächlich ist also auch bezüglich des Sozialistengesetzes der Kurs der alte geblieben; der gegenwärtige Reichskanzler hat nichts anderes thun können, als die Erbschaft des Fürsten Bismarck antreten, und die Lage wäre um kein Haar anders, wenn Fürst Bismarck heute noch Reichskanzler wäre. Denn daß eine Ablehnung des Sozialistengesetzes und eine Auflösung des Reichstages die Zusammensetzung des Reichstages geändert haben würden, wird man auch in Köln und München, wenn man ehrlich sein will, nicht behaupten. Der Vorwurf, der von dort aus gegen den General von Caprivi erhoben wird, ist mit Bezug auf das Sozialistengesetz ebenso waschecht, wie mit Bezug auf das deutsch-englische Abkommen. Er ist nur ein Vorwand, um dem Kaiser und seiner Regierung etwas am Zeuge zu flicken, und man fragt sich mit Recht nach dem Grunde, den Blätter dieser Richtung dazu haben können.

Um ihn zu finden, muß man ein wenig Umschau halten. In letzter Zeit hat auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung gegen die kaiserliche Sozialpolitik Stellung genommen, verschiedene rheinische Großindustrielle haben sich an dem Geh. Rat Hinzpeter zu reiben gesucht, weil sie ihn für den Urheber der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar d. J. halten. Nimmt man diese Anzeichen zusammen, so erhält man ein sehr zutreffendes Bild. Das Großkapital oder noch besser die Großindustrie macht auf der ganzen Seite mobil gegen die arbeiterfreundliche Politik des Kaisers; sie kann dies nicht anders thun, als dadurch, daß sie überall den Kaiser und seine Regierung angreift und jedes Mittel anwendet, um sie zu beseitigen und den Fürsten Bismarck zu preisen, weil sie glaubt, damit der gegenwärtigen Regierung zu schaden. Schon mit der Veröffentlichung der erwähnten kaiserlichen Erlasse hat sich in diesen Kreisen Mißstimmung und Unzufriedenheit gezeigt, aber sie trat nicht so sehr hervor, weil die Verwirklichung der vom Kaiser kundgegebenen Absichten

wegen der nicht wegzuleugnenden Schwierigkeiten in weiter Ferne stand und fast aussichtslos erschien. Inzwischen sind die Beratungen im Staatsrat gerade unter Zuziehung der hervorragendsten Vertreter der Großindustrie erfolgt und haben zu einem selbst den letztern durchaus annehmbaren Ergebnis geführt. Dann fand die Berliner Konferenz zur Regelung der Arbeiterfragen statt, die vor ihrem Zusammentritt wie ein Gebilde der Phantasie erschien, in ihren Ergebnissen aber zu den weitausschauenden und wohlwollenden Plänen des Kaisers die Zustimmung Europas brachte. Auf Grund der Beratungen im Staatsrat und in der Konferenz ist eine Vorlage an den Reichstag gelangt und wird dort in eingehendster Weise von den hervorragendsten Vertretern aller Parteien behandelt, sodaß ungeachtet der verschiedensten zu Tage tretenden Anschauungen ein Zustandekommen des Gesetzes zweifellos ist. Diese letzte Aussicht ist wohl der hauptsächlichste Grund, daß die Großindustrie und das mit ihr in engem Zusammenhange stehende Großkapital alle Mittel versucht und alle Hebel in Bewegung setzt, während der Vertagung des Reichstages das kaiserliche Werk zum Scheitern zu bringen. Es soll hier nicht bestritten werden, daß zahlreiche Fabrikherren für ihre Arbeiter Fürsorge getroffen haben, die über das Maß der gesetzlichen Anforderungen hinausgeht. Um so weniger ist es zu begreifen, daß sie sich gegen das Gute sträuben, das oder weil es vom Thron aus geschieht. Auch ist die Zahl der Arbeiter, die in der mittlern und kleinern Industrie arbeiten und für die ihre Arbeitgeber wegen Beschränktheit der Mittel wenig zu thun imstande sind, die wichtigere, und für diese weniger begünstigten Arbeiter zu sorgen ist ein dringendes Bedürfnis. Es mag sein, daß es sich hier vielfach um Fragen persönlichen Stolzes handelt: der Großindustrielle stand bisher in einem gewissermaßen obrigkeitlichen Verhältnis zu seinen Arbeitern. Er war sozusagen ein absoluter Herrscher und soll nun nach konstitutioneller Art seine Gewalt mit einem Arbeiterausschuß teilen. Daß er darüber mißmutig wird, ist begreiflich; kühn ist aber doch der Anspruch, daß der Staat oder die Regierung auf die persönliche Empfindlichkeit und Eitelkeit dieser Herren Rücksicht nehmen soll. Hat doch das bisherige patriarchalische Regiment, auf das die Industrie so stolz ist, das Emporwachsen der Sozialdemokratie nicht zu hindern gewußt, haben sich doch in den letzten Jahren die Arbeiterausstände in einer Art vergrößert, daß das Wohl des Staates gefährdet ist, und er nicht länger das Versuchsfeld abgeben kann, auf dem die Arbeitgeber und Arbeiter, lediglich von ihren eignen Interessen geleitet, ihre Kräfte messen. Alles das sollten die Herren von der Großindustrie und dem Großkapital bedenken, sie sollten sich auch daran erinnern, was sie dem mächtigen deutschen Reich und seiner Regierung an Aufschwung, Wohlstand und Reichtum verdanken. Und wenn diese Rücksicht sie nicht zur Mäßigung veranlassen sollte, so müßte es doch ihr eignes wohlverstandnes Interesse thun, das nicht mit Wochen und Tagen, sondern mit Jahren und Menschenaltern rechnen muß. Ohne die

Stütze einer kräftigen Regierung würden sie den Arbeitern nicht Halt zu gebieten imstande sein. Freilich möchten sie gern geschützt sein und verlangen nach einem Sozialistengesetz mit allen möglichen Härten, aber sie möchten selbst nichts dafür thun, sondern die ganze Verantwortlichkeit der Regierung aufbürden. Das wäre ein leichtes Spiel, wenn sich ein Thor fände, der sich darauf einließe. Aber es wird wohl nachgerade klar, daß die Angriffe der mehrfach erwähnten Organe und ihrer Genossen nicht auf einer allgemeinen Unzufriedenheit beruhen, auch nicht die Stimmung irgendwie beachtenswerter Kreise widerspiegeln; sie sind wesentlich Unmutsäußerungen kleiner Noterien, über die die Geschichte zur Tagesordnung übergehen wird, freilich nicht ohne Schädigung derer, die die Saat der Zwietracht in schwerer Zeit säen. Was aber von der dynastischen und königstreuen Gesinnung zu halten ist, die bei diesen wiederholten Angriffen zu Tage gefördert wird, das soll hier bloß angedeutet werden, damit nicht der Zorn in die Feder fließe.

Was Kaiser Wilhelm II. bisher gethan hat, ist nur geeignet, Vertrauen und Hoffnung zu erwecken. Preußen und das Reich müssen auch ohne die bewährte Leitung des Fürsten Bismarck weiter fortbestehen und regiert werden, und das werden auch einige unzufriedne Fabrikherren und ein paar Blätter am Rhein, in München oder Stuttgart nicht hindern. Sollten sie aber wirklich einmal eine gründliche Abrechnung verlangen, nun, dann werden sie den Angegriffenen bald als einen mächtigen Gegner schätzen lernen.



## Litteratur

Fichtes Idee des deutschen Staates. Rede zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers am 27. Januar 1890 in der Aula der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg, gehalten von Dr. Wilhelm Windelband, Professor der Philosophie. Freiburg i. B., J. C. B. Mohr, 1890

Die akademische Rede des berühmten Lehrers, selbstverständlich eine oratorische Musterleistung, macht u. a. zweierlei klar. Einmal, daß der scheinbare Abfall Fichtes von dem Weltbürgertum, zu dem er sich noch im Winter 1804/5 sehr entschieden bekannt hatte, zu dem Nationalismus, den er bald darauf in seinen Reden an die deutsche Nation predigte, gar kein Abfall, oder wie wir vom nationalen Standpunkte aus sagen müssen, keine Bekehrung war. Denn Fichtes Patriotismus „gleich dem Kosmopolitismus wie ein Zwillingssbruder dem andern. Stammesgefühl, Heimatliebe, historische Bande der Anhänglichkeit zwischen Volk und Staat, alles dieses ist für Fichte niederer Schollenpatriotismus. Dafür ist denn aber auch